

Inhaltsverzeichnis:

Literaturverzeichnis:	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
1. Teil: Einführung	1
A. Einleitung	1
B. Gang der Arbeit	4
C. Ermittlung des Untersuchungsgegenstandes	5
I. Horizontale Markttransparenz	5
II. Einseitige Markttransparenz	5
III. Kooperative und nicht-kooperative Herbeiführung von Markttransparenz	6
2. Teil: Die kartellrechtliche Bewertung der Schaffung und Verstärkung horizontaler Markttransparenz	7
1. Abschnitt: Die gegenseitige Bekanntgabe von Markt- informationen	7
A. Erscheinungsformen kooperativer Markttransparenz	7
I. Marktinformationsverfahren	7
1. Die Definition von Marktinformationsverfahren	7
2. Typizität von Marktinformationsverfahren	9
a. Statistische und identifizierende Markt- informationsverfahren	9
b. Differenzierung nach den Informations- inhalten	10
c. Selbständige und unselbständige Markt- informationsverfahren	11
II. FuE-Kooperationen	11
III. Sonstige transparenzschaffende Kooperationen	12
B. Die Lehre vom Geheimwettbewerb und das Kartellverbot: Herleitung eines kartellrechtlich verankerten Geheimnisschutzes	13
I. Der Austausch von Informationen betreffend den Preis- Wettbewerb	13
1. Reaktionsverbundenheit	15
2. Aussagewert der ermittelten Daten	16
3. Marktphaseneinfluss	16
4. Kenntnis der Marktgegenseite	17
II. Der Austausch von Informationen betreffend den Innovationswettbewerb	17
III. Der Austausch von Informationen betreffend den Sonstigen Wettbewerb	18
IV. Sonderfall: FuE-Kooperationen	18

1. FuE-Kooperationen im deutschen Kartellrecht	19
2. FuE-Kooperationen im europäischen Kartellrecht	20
C. Die Bewertung kooperativer Marktinformation in der Rechtspraxis	20
I. Europäisches Wettbewerbsrecht	20
1. Entscheidungspraxis der Kommission	20
a. „Fettsäuren“	21
b. „UK Agricultural Tractor Registration Exchange“	22
2. Rechtsprechung des EuGH	24
a. „Suiker Unie“ und „Polypropylen“	24
b. Revisionsentscheidung „UK Agricultural Registration Exchange“	25
II. Deutsches Wettbewerbsrecht	26
1. Entscheidungspraxis des Bundeskartellamts	26
a. „Aluminium-Halbzeug“	26
b. „Transportbeton“	27
2. Rechtsprechung des BGH	28
a. Rechtsbeschwerdeentscheidung „Aluminium-Halbzeug“	28
b. „Baumarkt-Statistik“	29
D. Zusammenfassung	30
E. Kritik der Lehre vom Geheimwettbewerb	32
I. Die Kritik BENISCHS	32
II. Die Kritik DREHERS	33
III. Die Kritik SEDEMUNDS	34
IV. Die Kritik IMMENGAS	34
F. Eigene Kritik der Lehre vom Geheimwettbewerb	35
I. Wettbewerbsbeschränkung durch kooperative Marktinformation	36
1. Beschränkung der wettbewerblichen Handlungs- und Entschließungsfreiheit	37
a. Unmittelbare Einschränkung der Handlungsfreiheit durch den Austausch von Geschäftsdaten	38
aa. Konkretisierung des vom Kartellrecht geschützten Gegenstandes	39
(1) Schutzgut des Kartellverbots im europäischen Recht	39
(2) Schutzgut des Kartellverbots im deutschen Recht	40
(3) Gegenstand der geschützten Handlungsfreiheit	41
bb. Beschränkung der Handlungs- und Entschließungsfreiheit als Gegenstand einer Datenaustauschkooperation	42
(1) Die Disponibilität von Wettbewerbsmitteln	43

(2) These von der vertikalen Ausrichtung der Wettbewerbsmittel	44
(3) Stand der Diskussion um die Konkretisierung des Begriffs der Wettbewerbsmittel	46
(4) Vertikalität der Datenaustauschkooperationen	49
(5) Sonderfall: Informationen über FuE-Aktivitäten	51
b. Mittelbare Einschränkung der Handlungsfreiheit durch den Austausch von Geschäftsdaten	52
aa. Bezwecken einer Autonomiebeschränkung	52
bb. Bewirken einer Autonomiebeschränkung	53
2. Veränderung der wettbewerblichen Stellung Dritter durch kooperative Marktinformation	57
a. Ausschließliche Erforderlichkeit einer Außenwirkung	60
b. Funktionszusammenhang zwischen kooperativer Markttransparenz und beschränkender Drittwirkung	61
aa. Bezwecken einer Beeinträchtigung Dritter durch kooperativen Datenaustausch	61
bb. Bewirken einer Beeinträchtigung Dritter durch kooperativen Datenaustausch	62
(1) Wettbewerbstheoretische Auswirkungen kooperativen Datenaustausches bei möglicher Nachfrageerschöpfung	65
(2) Anzahl der Teilnehmer an einem Marktinformationssystem	65
(3) Der Aussagewert von Marktdaten	66
(4) Der Streit um die Theorie von der Gewinnmaximierung im Oligopol	67
(a) Divergenz unternehmerischer Zielsetzungen	68
(b) Grad der Marktvollkommenheit	72
(c) Marktkontrolle durch die Marktteilnehmer	73
(d) Exkurs: Spieltheoretischer Lösungsansatz zum „prisoner’s dilemma“	74
(e) Zwischenergebnis	76
II. Die Bewertung von Ausnahmefällen: FuE-Kooperationen	77
III. Ergebnis	77
G. Ein anderer Ansatz zur Erfassung kartellrechtlich bedenklicher Formen kooperativen Datenaustausches	78
I. Koordination durch Kooperation: Beurteilung kooperativen Datenaustausches anhand der Vertikalität der Kooperation	79
1. Vertikalvereinbarungen nach deutschem Kartellrecht	79
2. Vertikalvereinbarungen nach europäischem Kartellrecht	79

II. Koordination als Folge von Kooperation: Die abgestimmte Verhaltensweise als ausschlaggebendes Merkmal	80
1. Abgestimmtes Verhalten im Rahmen kooperativer Marktinformation	81
a. Die Abstimmung	81
aa. Die Abstimmungshandlung	81
bb. Das Model der Abstimmung über den Markt	82
b. Die der Abstimmung unterliegende Verhaltensweise	83
aa. Streit um die Notwendigkeit eines über die Abstimmung hinausgehenden Marktverhaltens	83
bb. Stellungnahme	84
cc. Anforderungen an das konkrete Marktverhalten	85
c. Der Beweis einer Abstimmung im Rahmen kooperativer Marktinformation	85
d. Kriterien für die Beurteilung kooperativen Datenaustausches anhand des Merkmals der abgestimmten Verhaltensweise	87
III. Ergebnis	91
2. Abschnitt: Die nicht kooperative Herbeiführung von Markttransparenz	92
A. Unberechtigter Zugriff auf Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse	93
I. Bewertung anhand des Lauterkeitsrechts	93
II. Bewertung anhand des Kartellrechts	94
1. Die Ausspähung von Marktdaten als kartellrechtlicher Missbrauch	94
a. Deutsches Recht	95
b. Europäisches Recht	96
2. Besondere Voraussetzungen eines Marktmachtmissbrauchs durch den unberechtigten Zugriff auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse	98
a. Ermöglichung der Ausspähung von Betriebsgeheimnissen	98
b. Intensivierung der wettbewerbsschädigenden Wirkung des Ausspähens von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	99
aa. Gefährdung ausgewogener Wettbewerbsverhältnisse	99
bb. Dogmatische Einordnung	101
B. Die Organisation kooperativer Marktinformation	103
I. Marktstrukturmissbrauch	103
II. Missbrauch durch die unredliche Verlockung zur Bekanntgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen	105

1. Der Anreiz zur Offenlegung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	105
2. Der Geheimnisbegriff in § 17 Abs. 1 UWG	106
a. Der Geheimhaltungswille	107
b. Das Geheimhaltungsinteresse	107
aa. Ermöglichung eines Verdrängungswettbewerbs	107
bb. Herbeiführung einer Abschreckungseffekte	107
cc. Nachahmungsgefahr	109
3. Normative Kausalität: Verhältnis zwischen Marktmacht und Marktinformation	109
C. Englische Klauseln und vertikale Kooperation	110
D. Unternehmenszusammenschlüsse	111
E. Marktforschung	113
F. Sonderfall: Die Transparenzschaffung durch freiwillige öffentliche Bekanntgabe	114
3. Abschnitt: Natürliche Markttransparenz auf horizontaler Ebene	115
4. Abschnitt: Wettbewerbsfreiheit und „Geheimwettbewerb“	115
A. Aussage der Lehre vom Geheimwettbewerb	115
B. Stellungnahme	116
3. Teil: Transparenzänderungen im elektronischen Handel	119
1. Abschnitt: Elektronische Unternehmensmarktplätze	119
A. Definition	119
B. Elektronische Unternehmensmarktplätze in der Praxis	121
I. Covisint	121
II. Emaro	122
III. Econia	123
IV. Benelog	123
C. Typisierung der Erscheinungsformen von elektronischen Unternehmensmarktplätzen	124
I. Die Handelsapplikationen	124
1. Elektronische Auktionen	124
a. Die englische Auktion	125
b. Die holländische Auktion	125
c. Die verdeckte Auktion	125
2. Elektronische Ausschreibungen	126
3. Elektronische Handelsbörsen	126
4. Aggregierte Kataloge	127
5. Verhandlungsmodelle	127
II. Die Inputqualität	128
III. Die Ausrichtung der Versorgungsebene	128
IV. Die Inhaberschaft	129
V. Zugang zu elektronischen Unternehmensmarktplätzen	129
VI. Das Angebot beschaffungsprozessbezogener Zusatzleistungen	130

1. Beratung	130
2. Buchhaltung	130
3. Finanzdienstleistung	130
4. Nachfragebündelung	130
VII. Forschung und Entwicklung	131
D. Zusammenfassung	131
2. Abschnitt: Die bisherige kartellrechtliche Beurteilung von Transparenzänderungen im Rahmen des elektronischen Handels	131
A. Kartellrechtspraxis	131
I. Entscheidung des Bundeskartellamtes zur Plattform „Covisint“	131
II. Entscheidung der Kommission zur Plattform „Volbroker“	132
B. Meinungsstand in der Literatur	133
I. Die Ansicht JESTAEDTS	134
II. Die Ansicht KÖHLERS	135
III. Die Ansicht KIRCHNERS	136
C. Zusammenfassung	137
3. Abschnitt: Eigene Bewertung der Transparenzänderungen durch elektronische Unternehmensmarktplätze	137
A. Die Bewertung systemimmanenter Markttransparenz	137
I. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die Herbeiführung systemimmanenter Markttransparenz	138
1. Die missbräuchliche Verhaltensweise	138
a. Marktstrukturmissbrauch durch die Begünstigung oligopolistischer Interdependenzen	138
aa. Elektronische Auktionen und Ausschreibungen	139
bb. Elektronische Kataloge	142
cc. Elektronische Handelsbörsen	143
dd. Request for proposal	143
ee. FuE-Applikationen	144
b. Die Schaffung systemimmanenter Markttransparenz als unlauteres Verhalten	144
aa. Der Wille zur Geheimhaltung	145
bb. Objektives Geheimhaltungsinteresse	146
c. Verstoß gegen die Grundsätze der „essential facilities doctrine“	147
2. Adressat des Missbrauchsverbots	148
a. Betreiber der B2B-Plattform	148
aa. Marktstellung	148
(1) Sachlich relevanter Markt	148
(2) Räumlich relevanter Markt	150
bb. Vorwerfbarkeit der Missbrauchswirkung	151
b. Die teilnehmenden Unternehmen	151

3. Normative Kausalität: Zusammenhang zwischen Marktbeherrschung und systemimmanenter Markttransparenz	152
a. Ermöglichung systemimmanenter Markttransparenz durch Marktbeherrschung	152
b. Intensivierung der wettbewerbsschädlichen Auswirkungen systemimmanenter Markttransparenz	153
4. Sachliche Rechtfertigung	153
5. Zwischenergebnis	153
6. Vorgaben für ein kartellrechtskonformes Angebot eines elektronischen Handelssystems	154
II. Wettbewerbsbeschränkung iSv. § 1 GWB und Art. 81 EG durch systemimmanente Markttransparenz	155
1. Kooperative Marktinformation durch Inkaufnahme der Transparenz	155
2. Indizien für den Nachweis abgestimmter Verhaltensweisen	156
3. Das Empfehlungsverbot gem. § 22 GWB	158
B. Die Bewertung der Begünstigung einseitiger Markttransparenz	159
I. Marktmissbrauch	159
1. Zugriff durch Betreiber von elektronischen Unternehmensmarktplätzen	159
2. Zugriff durch Dritte	161
II. Marktstrukturverschlechterung	162
C. Kooperative Markttransparenz im Rahmen von B2B-Plattformen	163
4. Teil: Schlussbetrachtungen	165
A. Wettbewerbspolitische Überlegungen	165
I. Preisentwicklung	165
II. Wirtschaftspolitische Wandel	166
III. Das Postulat vollkommener Konkurrenz	167
B. Ergebnis	168
I. Rechtliche Bewertung von Markttransparenz auf horizontaler Ebene	168
II. Besonderheiten bei der rechtlichen Bewertung von Markttransparenz im Rahmen des elektronischen Handels	170